

Datenschutzbestimmungen gemäß DSGVO

Diese Bestimmungen legen die Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Public Transport Service Sp. z o.o. gemäß der DSGVO fest.

Gemäß Artikel 13 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 *zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, im Folgenden „DSGVO“ genannt)* teile ich Ihnen Folgendes mit:

1. Der Verantwortliche für Ihre personenbezogenen Daten ist Public Transport Service Sp. z o.o. mit Sitz in Paterek, Al. Przemysłowa 1 Strasse, 89-100 Nakło nad Notecią, eingetragen im Unternehmerregister des Amtsgerichts für die Hauptstadt Warschau in Warschau, XIII. Wirtschaftsabteilung des Landesgerichtsregisters unter der Nummer (KRS) 0000604846, REGON (statistische Unternehmensnummer) 363847413, NIP (Steueridentifikationsnummer) 5223055644, mit einem Stammkapital in Höhe von 500.000,00 PLN, E-Mail: rodo@ptservice.com.pl
2. Sie können sich schriftlich an den Verantwortliche für Ihre personenbezogenen Daten wenden: per Post an die Adresse des Firmensitzes oder per E-Mail an: rodo@ptservice.com.pl
3. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zu folgenden Zwecken:
 - 1) auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DSGVO auf der Grundlage Ihrer Einwilligung für den in dieser Einwilligung genannten Zweck,
 - 2) auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DSGVO in Verbindung mit dem abgeschlossenen Vertrag zu dessen Erfüllung, einschließlich der Zusammenarbeit mit Lieferanten und Partnern von Public Transport Service Sp. z o.o.,
 - 3) auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) DSGVO im Hinblick auf die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen, die Public Transport Service Sp. z o.o. obliegen, einschließlich im Bereich der Steuergesetze und der Buchführung,
 - 4) auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f) DSGVO im Umfang und zu den Zwecken, die sich aus den berechtigten Interessen der Public Transport Service Sp. z o.o. ergeben, einschließlich der Pflege von Geschäftsbeziehungen und der Durchführung von gesetzlich zulässigem Marketing für Dienstleistungen und Produkte.
4. Die Angabe personenbezogener Daten ist freiwillig, jedoch führt die Nichtangabe dazu, dass der Abschluss und die Erfüllung des Vertrags nicht möglich sind.

5. Die Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten sind Unternehmen, die vom Verantwortlichen mit der Durchführung von Tätigkeiten beauftragt werden, die die Verarbeitung von Daten erfordern: befugte Mitarbeiter des Verantwortlichen, Dienstleister: Buchhaltungs-, Beratungs- und IT-Unternehmen (einschließlich Hosting-Unternehmen), Anwaltskanzleien.
6. Personenbezogene Daten werden nicht an Drittländer (d. h. außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums) oder internationale Organisationen weitergegeben, es sei denn, dies ist für die in Artikel 6 Absatz 1 DSGVO genannten Zwecke erforderlich. Sie werden benachrichtigt, falls eine solche Situation eintritt.
7. Personenbezogene Daten werden weder profiliert noch automatisierten Entscheidungen unterzogen.
8. Sie haben das Recht, auf Ihre Daten zuzugreifen und eine Kopie davon zu erhalten, sowie das Recht, diese zu berichtigen, zu löschen, deren Verarbeitung einzuschränken, das Recht auf Datenübertragbarkeit und das Recht, Ihre Einwilligung zur Verarbeitung jederzeit zu widerrufen, ohne dass dies die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung beeinträchtigt, die auf der Grundlage der vor dem Widerruf erteilten Einwilligung erfolgt ist. Sie haben das Recht, der Verarbeitung Ihrer Daten zu widersprechen.
9. Sie haben das Recht, eine Beschwerde beim Präsidenten der Datenschutzbehörde oder einer anderen zuständigen Aufsichtsbehörde einzureichen, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die Bestimmungen der DSGVO verstößt.
10. Ihre Daten, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Erfüllung des Vertrags verarbeitet werden, werden gemäß den geltenden Vorschriften verarbeitet, jedoch nicht länger als bis zum Ablauf der Frist, innerhalb derer der Verantwortliche Ansprüche aus dem abgeschlossenen Vertrag geltend machen kann, es sei denn, das Rechnungslegungsgesetz oder die Steuervorschriften sehen eine Verpflichtung zur Verarbeitung der Daten über einen längeren Zeitraum vor.